



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Ausgabe 1 | Juni 2009

stadt:pilot 01

- ▶ Wer Stadt macht – Akteure aus Stuttgart
- ▶ Wo Verwaltung zusammenwächst – Wittstock und Pritzwalk
- ▶ Was Bürger bewegt – Neue Freiräume in Grebenstein

Das Magazin zu den Pilotprojekten
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Editorial

Die Deutschlandkarte in der Mitte dieses Heftes bietet einen Überblick, wo überall die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angesiedelt sind. Das bunte Bild mit Punkten von Altötting bis Flensburg und von Bad Muskau bis Viersen zeigt: Mit der groß angelegten Initiative suchen Bund, Länder und Kommunen in ganz Deutschland nach innovativen Ideen, ungewöhnlichen Ansätzen und besonderen Strategien, mit denen öffentliche Verwaltung, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure, Städte in Deutschland heute verändern.

Wie kommt das Neue in die Stadtentwicklung? Dies ist die zentrale Fragestellung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und ihrer Pilotprojekte (S. 8). Und da interessieren nicht nur die Großstädte: Denn von den mehr als 2.000 Städten in Deutschland hat fast die Hälfte weniger als 10.000 Einwohner. Die kleinen und mittleren Städte finden sich seltener in den Schlagzeilen als die Metropolen, aber sie sind genauso Standorte von Innovation. Grebenstein, die zweitkleinste von allen Kommunen, die an den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beteiligt sind, macht es vor (S. 14/15). Pritzwalk und Wittstock haben zwar deutlich mehr Einwohner*, durch den Bevölkerungsverlust seit der Wiedervereinigung und die immer knapperen Ressourcen müssen die beiden Kommunen jedoch neue Wege zur Verteilung städtischer Funktionen suchen – und haben sich auf den Weg zum „Mittelzentrum in Funktionsteilung“ gemacht (S. 22/23). Wie man städtische Kreativität so interpretiert, dass alle Bevölkerungsgruppen daran teilhaben, wird die Stadt Mannheim mit dem Pilotprojekt an Jungbusch und Verbindungskanal zeigen (S. 4/5). Dort spielen Migranten ebenso eine tragende Rolle wie in Herford und Saarbrücken (S. 6/7). Bildung ist ein besonders aktuelles Thema für die Stadtentwicklung, gleich fünf Pilotprojekte beschreiten hier gemeinsam Neuland und berichten im Heft über ihre Erfolge (S. 10/11).

Über weitere thematische Schwerpunkte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, ihre Handlungsfelder und über die Rolle der Pilotprojekte in der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik spricht Staatssekretär Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup (S. 2/3).

Weitere Beiträge runden das Heft ab zu einer Momentaufnahme der Pilotprojekte im Juni 2009. Mit dem 3. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik ist ein Meilenstein erreicht – auch für die Pilotprojekte, die Gegenstand dieses Magazins sind. Fast alle Vorhaben haben mittlerweile die Arbeit aufgenommen. Das war Anlass, im Vorfeld des Bundeskongresses einen ersten Erfahrungsaustausch der Pilotprojekte zu initiieren. Gleichzeitig macht diese erste Ausgabe des Magazins „stadt:pilot“ die Arbeit vor Ort einer breiten Öffentlichkeit zugänglich – und zeigt, wie viel Neues in deutschen Städten schon vorhanden ist.

* Im Folgenden werden aus Gründen der Lesegewohnheit und der sprachlichen Vereinfachung bei Personen die männlichen Substantivformen verwendet, wenn keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich ist. Gemeint sind immer beide Geschlechter.



Ein Arsenal dessen, was in der Stadtentwicklung möglich ist

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik will regionale Wissensvorsprünge bundesweit verfügbar machen. Staatssekretär Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup skizziert im Gespräch mit Urbanizers die Anforderungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an die Pilotprojekte und das, was die Beteiligung an der Bundesinitiative an Mehrwert bringt.

Herr Staatssekretär, was macht die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik innovativ?

Lütke Daldrup: Dass sie etwas Neues wagen – jedes für sich. Und vor allem, dass sie dafür neue Partnerschaften und Kooperationen eingehen. Wir haben 2007 unseren Projektauftrag ganz bewusst nicht nur an Kommunen gerichtet. Wir haben auch die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Wirtschaft eingeladen. Aus ihrem Zusammenwirken in den Projekten erwarte ich einen Innovationsschub in Richtung auf eine wirklich integrierte Stadtentwicklung.

Im öffentlichen Diskurs zur Stadtentwicklung scheinen derzeit die Neuen Länder besonders innovativ zu sein ...

Lütke Daldrup: Einspruch. Zwar hat der Osten beim Thema „Stagnation/Schrumpfung“ von Stadtgesellschaften einen Erfahrungsvorsprung. Bereits 1998 wurde in Leipzig auf einer Konferenz der dauerhafte Leerstand unsanierter Altbauten in der Innenstadt thematisiert. Aber zu anderen Punkten der Agenda gibt es andere Pionierorte in Deutschland: Beim ökologischen Umbau der Städte ist Süddeutschland Vorreiter; Hamburg bringt momentan mit seiner IBA das

Thema Metropole voran, und Stuttgart betritt Neuland bei der Aktivierung von Migranten für die Stadtentwicklung. Diese regionalen Wissensvorsprünge überregional verfügbar zu machen und die Partner als Wissensträger miteinander ins Gespräch zu bringen – das ist das Ziel der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Ist eine nationale Plattform nicht für viele Projekte eine Nummer zu groß? Nach unserer Erfahrung fällt es oft schon schwer, benachbarte Kommunen von der Konkurrenz zur Kooperation zu bringen.

Lütke Daldrup: Wir fördern die Pilotprojekte ganz konkret an Ort und Stelle. Aber meine Erfahrung geht dahin, dass es die lokalen Akteure durchaus schätzen, wenn ihre – erfolgreiche – Arbeit im überregionalen Wissenstransfer wahrgenommen wird, auch auf europäischer Ebene. In diesem Sinn ist die Bundesregierung angetreten, Innovationen der Städtebaupolitik zu bündeln und breit zur Verfügung zu stellen.

Eines der Handlungsfelder des Projektauftrags heißt ‚Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung‘.

Lütke Daldrup: Das hat sich während der Kuratoriumstreffen entwickelt. Tenor der Diskussionen dort: Die Stadt ist nicht nur ein Fokus für Probleme und Problemgruppen. Dort wird zugleich auch ein Gutteil des Bruttosozialprodukts erarbeitet. Dies muss eine integrative Stadtentwicklung in Deutschland stärker sehen und effektiver unterstützen. Ich bin gespannt auf die Projektergebnisse zum „Zero Emission Park“, das exemplarisch in vier Bundesländern die nachhaltige Einordnung von Industrie- und Gewerbegebieten in die Stadt thematisiert.

Unter den Projekteinreichungen sind derlei Querschnittsvorhaben bisher rar. Es überwiegen die Kommunen als Projektinitiatoren. Warum?

Lütke Daldrup: Weil es leichter fällt, sich in gewohnten Bahnen zu bewegen. Städtebauförderung ist seit fast vierzig Jahren ein Thema der öffentlichen Verwaltung. So kam nach unserem sehr frei formulierten Projektauftrag oft als Erstes die Frage: „Wo gibt es denn die Richtlinie dazu?“. Diese Gleise zu verlassen ist anstrengend, aber wir werden unseren Handlungsfeldern nur gerecht, wenn wir die Themen der Stadtentwicklung auch in andere Communities tragen. In diesem Zusammenhang nimmt das Kuratorium eine ganz wichtige Aufgabe wahr. Dort ist ein Querschnitt der dafür wichtigen Gruppen vertreten – von der Wirtschaft bis zu den Sozialverbänden, und bereits jetzt zeigt sich, dass die Kuratoriumsmitglieder nicht nur ihre Interessen einbringen. Sie nehmen auch die Fragestellungen aus den Projekten mit zurück in ihre Interessengruppen. Das hilft entscheidend, die Stadtentwicklung aus ihrer Fach- und Ressortenge zu lösen.

Gilt das auch für die Ressorts der Bundesregierung?

Lütke Daldrup: Eindeutig ja. Wir haben die Nationale Stadtentwicklungspolitik frühzeitig ins Kabinett gebracht, und es gibt inzwischen eine interministerielle Arbeitsgruppe. Gemeinsam ist diesen Kooperationen: Sie nehmen über Ressortgrenzen hinweg den Stadtraum als ganzheitliches Handlungsfeld in den Blick. Das ist eine Innovation, die uns während der Entwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik immer wichtiger geworden ist. Im Alltag erweist sich das oft als kompliziert zu organisieren, aber die Ergebnisse rechtfertigen die Anstrengung allemal. Das sehen übrigens die Kollegen in den Ländern ganz überwiegend genauso.

Die Zuwendungen an die Pilotprojekte werden 2011 auslaufen. Wie soll es mit den Pilotprojekten weitergehen?

Lütke Daldrup: Deren Arbeit zu verstetigen ist eine der Herausforderungen an die Akteure, aber auch an die Experten, die sie begleiten: Nachhaltigkeit zu organisieren wird zunehmend zu einer Kompetenz der Stadterneuerer. Ich freue mich, dass dies ausdrücklich Gegenstand einiger Projekte ist: Es geht nicht ums „Häuser heile machen“. Der Erfolg integrierter Stadtentwicklung hängt davon ab, ob es gelingt, für die Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme Partner mit langem Atem zu identifizieren und zu gewinnen. Das wird dann sicher auch das Berufsbild von Architekten und Stadtplanern verändern: Moderation und Vernetzungstätigkeiten gehören dazu.



Schlussfrage. Was sollte aus Ihrer Sicht das Ergebnis der Pilotprojekte sein? Eine Serie von Erfolgsgeschichten?

Lütke Daldrup: Eher ein erweitertes Arsenal dessen, was in der Stadtentwicklung möglich ist. Sicher wird es viele Erfolgsgeschichten geben, aber natürlich können Pilotprojekte auch scheitern. Das ist so, und selbst aus dem Scheitern kann man lernen. Wir werden also neue Vorschläge zur Erweiterung unseres bisherigen Repertoires gewinnen – und vielleicht auch wissen, was warum nicht geht. So verstehe ich Lernen und Innovation.

Kreativ und integrativ

Mannheim bringt Popförderung und soziales Engagement zusammen

Seit die Mannheimer sich anlässlich ihres Stadtjubiläums 2007 ein neues Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI) gaben, stehen auch der Jungbusch und der benachbarte Verbindungskanal verstärkt im Fokus planerischen Interesses. Mannheim will sein Profil als starke Musikstadt in der Metropolregion Rhein-Neckar weiter ausbauen. Und das Quartier am Übergang zwischen der historischen Planquadrat-Stadt und dem industriell genutzten Hafenareal ist dabei ein Schwerpunkt der Aktivitäten.

Von der Innenstadt ist der Jungbusch durch große Verkehrsadern abgeschnitten. Durch die Hafennähe und die Lage am Verbindungskanal zwischen Rhein und Neckar hatte sich über Jahre hinweg eine eigene Bevölkerungsstruktur entwickelt: Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen lebten direkt nebeneinander, als Reaktion auf den benachbarten Hafen existierte ein ausgeprägtes Rotlichtmilieu. Migranten konnten auch im Stadtbild deutlich sichtbar werden – der Bau einer Moschee in direkter Nachbarschaft zu einer christlichen Kirche war ein unkomplizierter Schritt. Ein sozialer Brennpunkt war der Jungbusch allerdings, und in der Stadt genoss er keinen guten Ruf.

Das Quartier als Bezugsort

Das Quartiersmanagement, für das Michael Scheuermann seit vielen Jahren zuständig ist, war ein Schritt, den Jungbusch aus seinem sozialen Abseits herauszuholen: „Die Bezugsgröße für unsere Arbeit ist: Wir im Stadtteil. Das muss gepflegt werden. Es sind die kleinen Projekte, wo sich die Lebenswelten aufeinander beziehen oder sich einander annähern“, sagt der Sozialpädagoge. Eine schwierige Aufgabe, angesichts der kreativen Nutzungen, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Jungbuschs neuerdings etablieren: Entlang des Verbindungskanals zwischen Rhein und Neckar wurde eine Promenade entwickelt, an deren nördlichem Ende die Popakademie und der Musikpark als Gründerzentrum für die Musikbranche liegen. Aber auch Bewohner des Jungbuschs und des direkt am Verbindungskanal gelegenen Studentenwohnheims finden hier Angebote. Die Chance, nicht nur eine überregional bedeutsame Nutzung in das Viertel zu implantieren, sondern auch die Strukturen vor Ort aufzuwerten, wurde also genutzt.

Und die Netzwerkbildung, die die Mannheimer mit Fördermitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nun vorantreiben, wird dazu sicher beitragen. Rückenwind erfährt das Projekt auch durch die Strategie von Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, der Kultur als einen wichtigen Faktor der Stadtentwicklung sieht. Bereits mit der Erweiterung von Popakademie und Musikpark 2008 wurden hier Zeichen gesetzt. „Beim gezielten Aufbau eines Clusters Kreativwirtschaft spielt der Kreativ-Campus am Wasser, der am Verbindungskanal entsteht, natürlich eine zentrale Rolle“, sagt der OB. „Und durch die Vernetzung mit dem benachbarten Quartier am Jungbusch werden soziale Aspekte einbezogen.“

Freiraumgestaltung begünstigt spontane Aktivität

Die Gestaltung des Freiraums längs des Verbindungskanals war ein strategisches Instrument, um diese Schnittstelle zu betonen: Die Sitz- und Sonnendecks im Bereich des Studentenwohnheims sind bestens angenommen worden. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Popakademie fallen Kinderbilder am Zaun einer Industriehalle auf. Sie weisen auf die „Kindergärten“ hin – Grünflächen, die von den Kindern aus dem Jungbuschhort gestaltet und gepflegt werden sollen. Dass der Teufel manchmal im Detail steckt, zeigen die „Bespielungsflächen“ rund um Popakademie und Musikpark: Hier setzen noch fehlende Strom- und Wasseranschlüsse der Spontaneität Grenzen. Dazu meint der Popbeauftragte der Stadt Mannheim, Sebastian Dresel: „Gestaltung ist die Gesamtkonzeption. Sie endet, wenn der Bau zu Ende ist, da endet aber nicht die Aneignung des Lebensraumes.“ Ästhe-



Popbeauftragter Sebastian Dresel und Quartiermanager Michael Scheuermann sind zwei von vielen Akteuren. Die Freiraumgestaltung lässt Raum für spontane Nutzungen.



tisch nicht ganz befriedigend, aber pragmatisch ist die Lösung am Musikpark: Für die Bespielung der Außenflächen sind hier jetzt Toilettenhäuschen und verkleidete Verstärkertürme permanent installiert. Regelmäßig stattfindende Events bringen nicht nur Bewohner des Jungbuschs, Studierende der Popakademie und Nutzer des Gründerzentrums zusammen, sondern locken auch Bewohner aus den anderen Stadtvierteln Mannheims an den Verbindungskanal. Wenn die Veranstaltungsflächen am Musikpark dann wegen Überfüllung geschlossen werden müssen, springt die Nutzung auch unkompliziert auf die andere Seite des Kanals über: Die Party wird einfach nach dorthin erweitert. Zwar waren sich Bewohner des Jungbuschs, Studenten der Popakademie und Nutzer des Musikparks anfänglich sehr fremd, aber die gemeinsame Nutzung der Kneipen, Einkaufsmöglichkeiten und Tankstellen des Quartiers hat die Integration vorangetrieben. Durch die Berührungspunkte im Alltag werden weitergehende Vernetzungsaktivitäten erst möglich: So dient die 2007 entstandene Turnhalle +X nicht nur sportlichen Aktivitäten, sondern Innenraum und Außenflächen können auch für bürgerschaftliche Aktivitäten genutzt werden. Der Bolzplatz wird heute gleichermaßen von Mannschaften aus dem Jungbusch wie von Studierenden der Popakademie bespielt.

Musik als verbindendes Element

Bei Veranstaltungen wie dem „Nachtwandel“, bei dem am Jungbusch an unterschiedlichsten Orten kostenlose Konzerte

und Musikveranstaltungen angeboten werden, beteiligen sich nicht nur die Popakademie und der Musikpark, sondern auch Theater- und Musikgruppen aus dem Jungbusch. Die präsentieren dabei ihre Kunst auf Augenhöhe mit den „anerkannten“ Institutionen. Eine gute Sache, findet Quartiersmanager Scheuermann: „Höchste Zeit, dass die kulturellen Leistungen von Migranten eine andere Präsentationsfläche bekommen. Was man bisher als randständiges Geplänkel wahrgenommen hat, hat endlich eine Chance, als vollwertige Kultur wahrgenommen zu werden.“ Das Wichtige am Jungbusch ist wohl die Offenheit, mit der immer wieder nach neuen Akteuren gesucht wird, die die Integration der unterschiedlichen Bewohner unterstützen und vorantreiben können. Demnächst, so erzählt Michael Scheuermann, wird es hier einen Sportverein geben, der auch von den Moscheen mitgetragen wird. „Sport kann eine Brücke sein, wo Lebenswelten zueinanderkommen. Der Verein ist ein neues gemeinschaftsstiftendes Projekt für den Stadtteil.“ Kreative Nutzungen und integrative Projekte ergänzen sich also an Jungbusch und Verbindungskanal aufs Beste. Mit der Förderung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann nun ein stabiles Netzwerk geknüpft werden. Es soll zeigen, dass die vielbeschworene kreative Stadtentwicklung mehr sein kann als die Ansiedlung professioneller Kreativindustrie. Mannheim nutzt Kreativität als gemeinschaftliche Ressource, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speist. Das kann auch für andere Kommunen beispielgebend sein.

Globale Heimat? Migranten in der Stadt

Wo kommen Migranten in der Stadtentwicklung vor? Und wie sichert man ihre Teilhabe? Dass dieses Thema immer wichtiger wird, wissen viele. Die Integration von Migranten ist wesentliche Voraussetzung für soziale Stabilität im Stadtquartier. Wie das am Jungbusch in Mannheim funktioniert, zeigt die Reportage auf S. 4/5. Grundsätzlich gilt: Die Menschen in den Quartieren müssen die Chance bekommen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und ihr Lebensumfeld mit zu gestalten. Entsprechende Angebote vorausgesetzt, sind viele bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Integration als Gesamtkonzept:

Freiräume für Migranten in Saarbrücken

Im Dezember 2007 hat der Saarbrücker Stadtrat ein Integrationskonzept für die Landeshauptstadt verabschiedet. Es bildet die Grundlage für das städtische Handeln in Sachen Integration und ist Teil des Stadtentwicklungskonzepts. Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro, das seit 2003 als Stabsstelle des OB arbeitet, hat neben der Beteiligung an diesem Konzept zahlreiche Projekte initiiert, die für die Integration von Migranten sorgen. Eines davon ist ibis, das als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nach innovativen Beteiligungsformen in multiethnischen Stadtteilen sucht. ibis ist seit Juli 2008 und noch bis Dezember 2009 vor allem in den Stadtteilen Malstatt und Burbach sowie in Alt-Saarbrücken und auf der Folsterhöhe aktiv. Gemeinwesenprojekte, Migrationsdienste, Stadtämter, Migrantenorganisationen und andere gehören zu den Partnern. Mit Zukunftswerkstätten, Workshops, der Schulung interkultureller Mediatoren, mehrsprachigen Beilagen zu den Stadtteilzeitungen und weiteren Aktivitäten soll ibis dafür sorgen, dass die „Partizipation“ von Zuwanderern im wahrsten Sinne des Wortes kein Fremdwort mehr bleibt. Um Freiraumgestaltung ging es beispielsweise bei einem

programmatischen Workshop im Januar 2009, an dem nicht nur alle wichtigen migrantischen Akteursgruppen an den Tisch geholt wurden, sondern für den sich auch der Bürgermeister einen ganzen Tag Zeit nahm. Das zeigt, wie ernst es der Stadt mit dem Thema „Migration“ ist. Input von außen kam unter anderem vom Planerladen Dortmund. Gezeigt wurden Beispiele und Methoden für die Einbindung von Migranten in dortige Freiraumprojekte. Methoden zur Einbindung von Migranten sind bei ibis ein wichtiges Thema. So werden zurzeit 17 Personen aus zwölf Nationen zu interkulturellen Nachbarschaftsberatern ausgebildet. Sie sollen dann Mitarbeiter in verschiedenen Verwaltungsressorts unterstützen, Konfliktberatung leisten oder interkulturelle Mediationen durchführen.

Am Kirchberg im strukturschwachen Stadtteil Malstatt wird man die interkulturellen Nachbarschaftsberater gut gebrauchen können. Denn hier wird mit dem Pilotprojekt „Grüne Insel Kirchberg“ ausprobiert, wie Freiraumgestaltung mit und für Migranten funktionieren kann. Insgesamt 18 Projektpartner, darunter ibis, arbeiten unter der Federführung

Die Grundstücke von Schulen und Kirchen sind Teil des Freiraums, der unter Beteiligung von Migranten künftig gestaltet werden soll.



Angeregte Diskussion der Projektstandorte auf dem ibis-Workshop, Januar 2009

Stadtteillotsen in Herford

In Herford hat jeder vierte Einwohner einen Migrationshintergrund. Im Quartier „Kleines Feld“ gibt es in einzelnen Schulen bis zu 80% Kinder internationaler Herkunft. Grund genug für die Stadt, mit allen Fachabteilungen und neun Projektpartnern im Rahmen des Pilotprojekts „Stadtteillotsen“ einen Schwerpunkt auf die Belange der Migranten zu setzen. Direyi Cakmak zum Beispiel begleitet als Stadtteillotse nicht nur seine Mitbürger bei Behördengängen, sondern vermittelt auch zwischen den Kulturen, wenn es Konflikte im Quartier gibt. Ähnliche Aufgaben wie die interkulturellen Nachbarschaftsberater in Saarbrücken erfüllen die muttersprachlichen AssistentInnen, die im Rahmen des Projekts ausgebildet werden. Durch eine vorbereitende Qualifizierung lernen sie nicht nur, wie sie in welcher Situation am besten reagieren: Sie erfahren vor allem Wertschätzung als Akteure, die Verantwortung im Quartier übernehmen. Die Perspektive: Auch Bewohner sozial schwacher Stadtteile – Migranten oder nicht – können ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und damit das Zusammenleben in der Stadt aktiv gestalten.

des Amtes für Grünanlagen, Forsten und Landwirtschaft an Prozess und Gestaltung mit. Der stark frequentierte Park steht im Interesse zahlreicher Akteursgruppen, darunter mehrere Kirchen und Schulen. Zur Verbesserung der sozialen Balance im Freiraum sollen Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten bei der Gestaltung des Parks aktiv mithelfen. Die Projektpartner versprechen sich dadurch eine Steigerung der Identifikation mit Park und Stadtteil gleichermaßen. Vielleicht kann man sie und andere auch ermutigen, an anderer Stelle Verantwortung für das öffentliche Leben zu übernehmen. In einer multiethnischen Gesellschaft – absehbare Folge des demografischen Wandels – wird das zentral für eine konsensorientierte Stadtentwicklung.

Praxisnetzwerk „Zuwanderer in der Stadt“ im Internet

Voneinander lernen für ein gute stadträumliche Integrationspolitik – diese Aufgabe hat sich das Praxisnetzwerk „Zuwanderer in der Stadt“ gestellt. Das von der Schader-Stiftung getragene Pilotprojekt möchte die Diskussion über Integration als wichtiges, aber bisher wenig beachtetes Thema der Stadtentwicklung anregen. Alle, die sich mit stadträumlicher Integration von Zuwanderern beschäftigen, sind eingeladen, sich am Erfahrungsaustausch zu beteiligen. Um die Diskussion auf unkomplizierte Art zu führen, organisiert sich das Netzwerk im Internet. Hier ist eine öffentlich zugängliche Datenbank eingerichtet worden, die Informationen über Gute-Praxis-Beispiele von Integrationsprojekten jederzeit abrufbar bereitstellt. Außerdem wird ein geschützter Diskussionsraum angeboten, der nur nach Registrierung betreten werden kann. Mitglieder dieser Social Community können miteinander diskutieren, Informationen weitergeben und sich untereinander vernetzen. Ergänzt wird der virtuelle Austausch durch eine Reihe von Workshops, in denen einzelne Themen vertieft behandelt werden.

Weitere Infos: www.zuwanderer-in-der-stadt.de

Die Möglichkeit der Koexistenz des Verschiedenen ist der kulturelle Kern von Urbanität. Ausgrenzungen zu vermeiden ist daher eine der zentralen Aufgaben einer nationalen Stadtentwicklungspolitik. Die Politik kann und muss die Bildungschancen von Kindern aus Migrantenfamilien verbessern – das wäre eine Heldentat insbesondere in den großen Städten. Davon hängt auch die Zukunftsfähigkeit der Städte ab. Respekt und Anerkennung gegenüber Migranten erzeugen können nur die Stadtgesellschaften selbst, aber die Stadtpolitik hat viele Möglichkeiten, sie dabei zu unterstützen – durch Städtebau, Kulturpolitik und Entwicklung eines gesamtstädtischen Verantwortungsbewusstseins.

Prof. Dr. rer.pol. Hartmut Häußermann, Soziologe, Mitglied des Kuratoriums der Nationalen Stadtentwicklungspolitik





Pappkartons und Luftschlösser

Wie das Neue in die Stadtentwicklung kommt

Stephan Willinger ist Projektleiter Nationale Stadtentwicklungspolitik im BBSR. Innovation fängt für ihn vor der eigenen Haustür an.

Die Frage nach Innovation in der Stadtentwicklung klingt zunächst nicht besonders aufregend. Im Gegenteil: Was ist weniger innovativ als die Rede von der Innovation? Aber es geht ja nicht um bunte Konsumprodukte oder Hightech-errungenschaften, sondern um die stetige Anpassung von Stadtplanung an die Herausforderungen von Globalisierung, Finanzkrise, demografischem Wandel und veränderter Alltagspraxis. In unseren Städten sind heute Komplexität und Ungewissheit um ein Vielfaches größer als noch vor wenigen Jahren. Das macht zwar neue Ideen zu einer Notwendigkeit, führt aber psychologisch auch zum Festhalten an Bewährtem. Engt das die Spielräume für Neues ein?

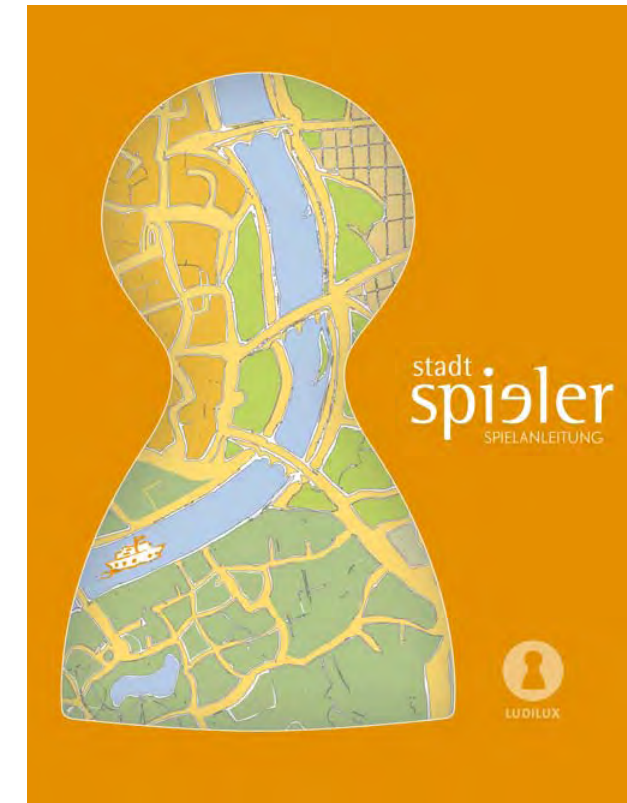
Neulich habe ich mit meinen Kindern den Keller aufgeräumt und darin einen riesigen Pappkarton gefunden. Schnell hatten wir gemeinsam die Idee, daraus ein Haus zu bauen. Doch wohin? Unser innerstädtisches Altbauquartier schien zunächst ungeeignet. Wir fanden dann aber einen freien Parkplatz, bauten unser Haus, besetzten drum herum etwas Straße und Fußweg – und hatten unser kleines Grundstück. Freunde gesellten sich dazu, es wurde eingerichtet, Blumensträuße wurden gebunden und an Passanten verkauft – ich aber hatte schwierige Abwägungen zu treffen: Ist das nicht zu unsicher? Wie werden die Autofahrer reagieren? Nehme ich nicht anderen einen Parkplatz weg? ... Vielleicht merken Sie schon, worauf ich hinauswill: Innovation ist kein Produkt, sondern ein Prozess. Er wird dadurch angeschoben, dass Leute über den Tellerrand ihrer eigenen Wirklichkeit schauen (z.B. mal in den Keller gehen) und Gegensätzliches verknüpfen oder ferne Wirklichkeiten in vertraute übersetzen. Diese Übertragungen sind in hohem Maß

abhängig von den „Umständen“, sie bedürfen vieler kreativer Situationen und Anstöße von außen. Dafür beteiligen wir Bürger und fragen nach ihren Ideen, dafür lesen wir Fachzeitschriften, dafür schickt man uns auf Kongresse – eigentlich. Doch weil unser Gehirn Bekanntes lieber sieht als Unbekanntes, funktioniert das selten. Dann lassen wir uns lieber zum hundertsten Mal unsere Voreingenommenheiten bestätigen, als genauer hinzuhören und Zwischentöne zu entdecken. Wir hören „Masterplan“ – die Synapsen schnappen. Und das ist nur das erste Hindernis, auf das das Neue trifft, wenn es in die Stadtentwicklung will. Ein weiteres: Die Idee macht ja noch nicht einmal die halbe Innovation. Sie muss engagiert vorgetragen werden – und dann auf fruchtbaren Boden fallen. Die Idee ist nur der Samen, der gute Bedingungen braucht, um zu wachsen und zu gedeihen. Innovationen können nicht geplant werden, aber die Planung kann ihnen Raum geben. Solch ein Möglichkeitsraum entsteht, wenn man Prozesse nicht streng kontrolliert, sondern offen gestaltet. Wenn Dinge auch mal ohne Zielvorgabe ausprobiert werden können. In der Theorie nennt man das „Open Innovation“.

Sie denken jetzt vielleicht: „Das sind doch Luftschlösser! Stadtplanung kann sich ja nicht nur um Innovationen kümmern – es muss doch auch mal gearbeitet werden.“ Doch diese Arbeit kann in Zukunft nur noch erfolgreich getan werden, wenn immer wieder aufs Neue Ideen gesucht und erprobt werden. Stadtentwicklung muss offen und kreativ werden. Dann kann der Umbau einer Straße die Rückbesinnung der Bürger auf ihren öffentlichen Raum einläuten, und in den Fenstern leer stehender Häuser fangen die Bilder einer lebendigen Stadt zu leuchten an.

Spiel mit!

Wer Beteiligungsprozesse organisiert, steht immer wieder vor der Kardinalfrage: Wie gewinnt man die unterschiedlichen Akteure zum gleichberechtigten Dialog, und wie führt man die vielen Stimmen und neuen Ideen zusammen? Das Pilotprojekt „stadtspieler“ kommt der Antwort nun ein entscheidendes Stück näher.



„stadtspieler“ ist ein strategisches Brettspiel für 4 bis 6 Personen. Es wird auf einem fiktiven Stadtplan als Spielfeld gespielt. Aufgabe der Spieler ist es, eine Stadt frei nach ihren Wünschen und Ideen zu bauen. Sie können eigene Versionen des Spiels entwickeln, sodass die jeweilige Situation vor Ort nachgespielt werden kann. Wie das genau geht, und wie man das Spiel auch in großen Gruppen spielen kann, erläutert ein ausführliches Methodenhandbuch. Auf einer zusätzlichen DVD werden verschiedene Spielversionen gezeigt. Für Interessierte bieten die Entwickler von „stadtspieler“ auch Einzelpräsentationen des Spiels an.

Mehr Infos unter www.stadtspieler.com,
Bezugsadresse: info@netzwerk-agens.de



Die besten Ideen für die Stadt von morgen

120 Bürgerbeiträge sind schon eingegangen auf der Website www.nexthamburg.de. Der virtuelle Anlaufpunkt für alle, die sich an „Hamburgs unabhängigem, bürgerbasiertem Thinktank für die Zukunft der Stadt“ – so die Eigenwerbung – beteiligen wollen, stößt also auf reges Interesse. Ganz offensichtlich gibt es Bedarf, in der Hansestadt Ideen einzubringen und Projekte zu verwirklichen. Das beweist auch die Resonanz auf die Einladung zum ersten Speed-Dating Ende April für Hamburgs Zukunft. Überraschend: Der avancierte Internetauftritt der jungen Hamburger Stadtplaner zog auch zahlreiche Best Ager an. An acht Thementischen diskutierten insgesamt über 70 Leute die mitgebrachten Ideen mit einem alle drei Minuten wechselnden Gesprächspartner. Alle Beteiligten kamen so gleichermaßen zu Wort – und wer in unterschiedlichen Situationen am besten überzeugen konnte, erntete am Ende die meisten Stimmen für sein Projekt.

Mit seinen innovativen Methoden ist Nexthamburg offen für alle Themen, und es bleibt transparent, was aus den eingebrachten Beiträgen und Ideen wird. Jeder kann mitmachen, und weil die Vorschläge immer wieder aufgerufen werden, geht keine Vision verloren. Die Bürgerschaft wird zum zentralen Akteur.

Mehr Infos unter www.nexthamburg.de

Bildung und Stadtentwicklung

Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft

Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft

Eine Reihe von Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beschäftigt sich mit der Rolle von Bildung in der Stadtentwicklung. Akteure aus den Projekten benennen im Gespräch mit Stephan Willinger Gründe für diesen Ansatz und Eckpunkte ihrer Zukunftsstrategien.

In Stuttgart wird das Bildungsthema von Beginn an bei der Planung eines Stadtquartiers berücksichtigt. Macht das Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt jetzt Schule?

Holch: Wir haben begriffen, dass neben der Wohnqualität, dem Wohnumfeld und den Arbeitsmöglichkeiten vor allem auch die Bildungsangebote eine große Rolle für den Erfolg von Entwicklungsmaßnahmen spielen. Eltern schauen bei der Wohnungssuche eben auch nach Schulqualität, Schulweg und Schulvielfalt.

In Berlin ist es eine Wohnungsbaugesellschaft, die sich plötzlich nicht mehr nur um Wohnungen kümmert, sondern sich für die Vernetzung und Qualifizierung von Bildungseinrichtungen einsetzt ...

Heussen: Die Wohnungsbaugesellschaft hat eine Verantwortung für die Stadt, aber sie hat natürlich auch eine ökonomische Verantwortung. Und der Zustand der Schulen ist der zweitwichtigste Wegzugsgrund! Das hat die Degewo sehr schnell in Bewegung gebracht und sie hat gesehen, dass in den Schulen Partner sitzen, mit denen sie über Stadtentwicklung reden kann.

Wie weit ist eigentlich Bildung in der Realität von Stadtentwicklungsprozessen entfernt?

Steffen: Es besteht fachlicher Konsens darüber, Stadtentwicklung integriert und interdisziplinär zu betreiben. Aber in der Praxis gibt es dann eine Reihe von Hemmnissen: komplizierte Zuständigkeiten, Fördermechanismen ... Gerade für die Partner aus den Bildungseinrichtungen ist das manchmal undurchschaubar. Da müsste einiges zusammengeführt werden.

Und wie nah könnte Bildung an Stadtentwicklung dran sein?

Burgdorf: Bildung müsste mitgedacht werden: Das beginnt bei der Standortsuche. Schon hier steckt ein riesiges Potenzial.

Mit der konkreten Gestaltung des städtebaulichen Umfeldes geht es weiter. Schulen sind präsent im öffentlichen Raum, sie sind Orte von Nachbarschaft.

Die Vernetzung von Bildung und Stadtentwicklung muss erst einmal vermittelt werden. Ist die Bildungsoffensive Elbinsel in Hamburg zunächst einmal eine Kommunikationsoffensive?

von Kalben: Unser Ansatz ist: Eine Bildungs-offensive kann nur mit allen gemeinsam gelingen. Dafür ist es wichtig, dass man Kooperation ganzheitlich begreift, mit Blick auf die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die integriert und unterstützt werden sollen. Dazu haben wir eine Kommunikationsstrategie entworfen, die ständig fortentwickelt wird, die Vorhandenes aufgreift und versucht, Neues zu implementieren. Wir haben eigentlich ein Kommunikationslabor mit über 100 teilnehmenden Bildungseinrichtungen.

*Wer sind denn in so einem Quartier die wichtigen Akteure?
Sie kümmern sich vor allem um die Schulen, ihr Personal.
Warum machen die mit?*

Heussen: Zunächst einmal macht es ja Spaß, sich über seinen eigenen Stadtteil zu unterhalten. Und es ist durchaus mit Lust besetzt, dass bestimmte Akteure auf einmal gefragt sind. Ich verstehe Bildungseinrichtungen nicht als statische Standortfaktoren: Da gibt es einen dynamischen Prozess. Wenn es in einem Quartier aufwärtsgeht, wirkt sich das auch auf die Bildungseinrichtungen aus, umgekehrt können Kitas und Schulen einen Beitrag zum Auf oder Ab eines Standorts leisten. *Nicht nur die Institutionen sind wichtige Akteure. Das Wichtigste sind die Kinder und Jugendlichen. Wie kann man sie erreichen, für Stadtentwicklung gewinnen?*

Steffen: Wir haben gleich zu Beginn gedacht: Kinder und Jugendliche gehören in eine Nationale Stadtentwicklungs-politik hinein!



Eine ganze Bildungslandschaft entsteht in Hamburg-Wilhelmsburg, visualisiert von Nicola Maier-Reimer.

Burgdorff: Wichtig ist, dass Planer sich auf ihr Gegenüber einlassen. Wir haben manchmal echten Respekt der Planer vor den Kindern festgestellt – und das hat das Projekt vorangebracht. *Kann man Jugendliche mit Migrationshintergrund denn über schulische Angebote integrieren? Sind das Identifikationsorte? Oder suchen die andere Räume?*

Steffen: Der eigentliche Ort, wo alle zusammen lernen, sind die Grundschulen. Deshalb können die gar nicht gut genug sein. Um eine Vielfalt an Angeboten zu ermöglichen, braucht man Dichte in der Stadt. Hier wird schon deutlich, dass die Entscheidung für eine Stadtstruktur unmittelbare Konsequenzen für die Bildung hat. Und je mehr Leistungen eine Schule in Sachen Integration erbringen muss, desto besser muss sie ausgestattet werden – finanziell und inhaltlich. *Welche Strukturen werden in den Gemeinden gebraucht, um das Thema langfristig in Verwaltungsabläufe zu integrieren?*

Heussen: Auf gesamtstädtischer Ebene muss das zwischen den Ressorts koordiniert und gesteuert werden. Segmentierte Verantwortungsbereiche müssen zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt werden. Und in den Quartieren müssen dann ganz unterschiedliche Akteure, wie Kirchen und Wohnungsgesellschaften, zusammengebracht werden,

die gemeinsam mit den Bildungsinstitutionen für eine lokale Lösung verantwortlich sind. Die Steuerungsstruktur der Sozialen Stadt muss dafür angepasst werden. Wichtig ist: Wo liegt die Verantwortung dafür, dass wirklich etwas passiert? *Trotz aller Schwierigkeiten: Hat das Thema „Bildung“ in der Stadtentwicklung eine Zukunft?*

Burgdorff: Wir leben schließlich in einer Wissensgesellschaft, die hoffentlich Zukunft hat. Wissen darf man nicht missverstehen und als Containerwissen begreifen, man muss es als Erfahrungsschatz begreifen. Stadt wiederum liefert auch im Zeitalter virtueller Netzwerke immer noch grundlegende Erfahrungen, die jeder in sein Leben hineinträgt. So verschränkt sind das zwei Themen, die eine immense Bedeutung für die Zukunft haben.

Im Gespräch: Frauke Burgdorff, „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ Köln; Eduard Heussen, „Bildungsverbund Gropiusstadt“ Berlin; Martin Holch, „Bildung als Motor der Quartiersentwicklung“ Stuttgart; Theda von Kalben, „Bildungsoffensive Elbinsel“ Hamburg; Gabriele Steffen, „Frische Blicke auf die Stadt“ Stuttgart/Waiblingen. Die Pilotprojekte formulieren gerade eine gemeinsame Position zur Rolle von Bildung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik.



Bildung ist ein Schlüsselthema für das Wesen, die Zukunft und die soziale Stabilität der Europäischen Stadt. Der Erfolg und die Nachhaltigkeit der Europäischen Stadt werden ganz wesentlich davon abhängen, wie qualifiziert und integrativ ihre Bildungsangebote sind.

Prof. Dr. Martina Löw lehrt Soziologie an der TU Darmstadt und ist Mitglied des Kuratoriums der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Nationale Stadtentwicklungspolitik



Pilotprojekte Nationale Stadtentwicklungspolitik

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt; AKZENT: akzente setzen – zukunft entwickeln (Bewohnerorganisation in benachteiligten Stadtteilen), Niedersachsen; Alternde Räume; Belebt – Entwicklungsraum Innenstadt, Gera; Bildung als Motor der Quartiersentwicklung, Stuttgart; Bildungslandschaft Altstadt Nord, Köln; Bildungsinitiative Elbinseln, Hamburg; Bildungsverbund Gropiusstadt, Berlin; Brandenburger Städte-Netzwerk Klimaschutz; Bürger-Internet-Werkstatt, Bad Muskau; Denk mal Straße als Freiraum, Grebenstein; Design Quartier Leipzig – DQL; Dülkener Entwicklungs AG, Viersen; EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz; Energiegerechte Stadtentwicklung München-Freiham; Energiestadt Baumholder 2020; Engagementlotsen im Stadtteil (Halle, Magdeburg, Bitterfeld); Fachwerktriennale; Forum Planungspraxis deutscher Großstädte; Frische Blicke auf die Stadt, Stuttgart/Waiblingen; Gartenregion Hannover; Genossenschaftliche Wege in der Stadtentwicklung, Pforzheim; Grenzübergreifende integrierte Stadtentwicklung Guben/Gubin; Grüne Insel Kirchberg, Saarbrücken; Hannover City 2020; „HausHalten“, Leipzig; IBIS Innovative Beteiligungsformen in multiethnischen Stadtteilen, Saarbrücken; IHK-Gründungsinitiative, Bochum/Flensburg/Ludwigshafen/Witten; Initiative ergreifen, Lauchhammer/Halle/Dessau/Cottbus; Initiative Regionalmanagement, Ingolstadt; Innenstadtoffensive, Neustadt/Weinstraße; Integrative Stadtteilarbeit, Hannover; Integriertes Energie- und Ressourcen-Management Altötting; Interkommunale und stadtregionale Kooperationen, Rheinland Pfalz; Internetbasiertes Städtenetzwerk für Integrationsfragen; KKAP – Regionales Rahmenkonzept, Hannover; Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign, Ludwigshafen; Konferenz Zuhause in der Stadt; Konserviertes StadtQuartier, Chemnitz; KoopStadt Bremen/Nürnberg/Leipzig; Landlotsen – Zwischennutzungsagentur Bremen; Leitbild für das Kommunale Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg; Meine Gemeinde im Jahr 2020, Gnoien; Neues Wohnen in Jenfeld, Hamburg; nexthamburg – Stadt weiter denken; Open Space, München; ParCityPate, Hamburg; Perspektiven der regionalen Baukultur, Ostwestfalen/Lippe; Perspektivwerkstatt SprengelHaus, Berlin; Pfungstädter eigene Energie (P€€); Prima Klima in den Hohenzollernhöfen, Ludwigshafen; Probewohnen – Zurück in die Gründerstadt, Görlitz; Quartiers-Campus Benölkenplatz, Bocholt; Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung, Berlin; Regionaler Masterplan A 40, Nordrhein-Westfalen; Regionales Energiekonzept Spreewalddreieck, Brandenburg; SEHSTATIONEN, Nordrhein-Westfalen; Selbstnutzer, Leipzig; Sicherung der Daseinsvorsorge im dünnbesiedelten Raum, Pritzwalk/Wittstock/Heiligengrabe/Meyenburg; Sozial-integrativer Triathlon Berlin-Hohenschönhausen; TRINITAS Stadt-Wert-Schätzung, Görlitz; Stadträume am Rhein, Nordrhein-Westfalen; Stadtspieler; Stadtteillotsen im Quartier „Kleines Feld“, Herford; Strategien zum Dorfumbau (Groß Pankow u.a.), Brandenburg; Urban Campaign; vkm – Verbindungskanal Mannheim.; Wohnen am Veielbrunnen – LowEnergy als Standortfaktor, Stuttgart; “Zero Emission Park” – Entwicklung von nachhaltigen Gewerbegebieten in Bottrop/Bremen/Eberswalde/Kaiserslautern; Zivilgesellschaftliche Partnerschaften am Orléansplatz, München; Zukunft Stadt – Azubis mittendrin; Zukunftsorte: Wohnen im Ruhrgebiet, Nordrhein-Westfalen; Zurück in die City, Rostock. Projekte ohne Ortsangabe agieren bundesweit.

Freiraum blüht auf

Eine Stadt entdeckt sich wieder

Man fühlt sich ein bisschen an das Märchen von Dornröschen erinnert, wenn man sich mit dem Pilotprojekt „Denk mal Straße als Freiraum“ beschäftigt. Das liegt nicht nur daran, dass Grebenstein mitten in der Region liegt, in der die Brüder Grimm einen Großteil ihres Lebens verbracht haben.

Die nordhessische, gut 6.000 Einwohner zählende Kleinstadt sieht aus, wie eine Märchenstadt wohl aussehen muss: wunder-schöne Fachwerkhäuser, Burgruine, mittelalterlicher Stadtgrundriss und Stadtmauer mit Toren und Türmen inklusive. Aber, es ist etwas ganz anderes, das die Dornröschen-Assoziation hervorruft, etwas, das schwer zu fassen und zu beschreiben ist und sich gewiss nicht im Plan darstellen lässt. Es hat etwas damit zu tun, dass hier eine ganze Stadt plötzlich in Bewegung geraten ist und mit viel Energie und Fantasie Ideen und Strategien für ihre Zukunft diskutiert. Was genau ist da los? Im 13. Jahrhundert gegründet, ist Grebenstein eine Stadt mit langer (Bau-)Geschichte. Das historische Erbe prägt das Stadtbild bis heute. Bereits in den Siebzigerjahren wurde damit begonnen, Schritt für Schritt die Fachwerkhäuser zu sanieren. Am Ende des Sanierungsprozesses waren 142 Einzelobjekte sowie das Stadtensemble als Ganzes als Denkmal anerkannt. Grebenstein galt unter Fachleuten als Anschauungsobjekt für den gelungenen Umgang mit historischer Bausubstanz. Und doch: Es fehlte das gewisse Etwas. Über die Sanierung hinausgehende Ideen für die Stadtentwicklung gab es wenig. Und so wirkte die Stadt über die Jahre – im wahrsten Sinne des Wortes – wie konserviert.

Langsamkeit als Tugend

„Hier hat sich ja gar nichts verändert! – Eine Medaille mit zwei Seiten“, stellt auch Petra Rau, Planerin und Professorin an der Hochschule Ostwestfalen-Lippe fest, als sie 2007 nach über 20 Jahren wieder mal nach Grebenstein kommt. Zu seinem Vorteil hat Grebenstein viele planerische Moden nicht mitgemacht, sodass die erhaltene Altstadt noch immer beeindruckt. Gleichzeitig scheint Grebenstein noch nicht viel aus seinem historischen Potenzial zu machen. Eine zentrale Schwachstelle: Der

öffentliche Freiraum ist zu sehr durch den Verkehr dominiert und daher nicht sehr attraktiv und einladend. Auch Bürgermeister Armin Kölling sieht das so und man ist sich schnell einig, dass ein integriertes Freiraum- und Verkehrskonzept für die Altstadt her muss. Mit dem Ziel, ein solches Konzept zu entwickeln und erste Bausteine umzusetzen, bewirbt man sich mit Erfolg als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Anstatt nun aber mit dem professionellen Planerhandwerkszeug loszulegen, passiert erst mal gar nichts. Jedenfalls nichts, was nach Neuordnung des Verkehrs und Gestaltung des öffentlichen Raumes aussieht. Stattdessen macht Frau Rau Besuche. Besucht die Bäckerin, den Pfarrer, den Sportladenbesitzer, die Wirtin in der Deutschen Eiche, den Hobbyhistoriker und Frau X und Herrn Y. In mehr als 100 Gesprächen macht sie vor allem eins: Sie hört zu. Sie erfährt dabei so einiges: wie es ist, in Grebenstein zu leben und wie es früher war, was die Leute über die Stadt denken, was gefällt und was nicht. Mit jeder persönlichen Erzählung kommt Frau Rau ihrem Ziel näher: zu verstehen, warum Grebenstein so ist, wie es ist. Und sie hört eine gewisse Unzufriedenheit heraus. Unzufriedenheit damit, dass kulturell nichts mehr los ist, dass mehr und mehr Läden zumachen und auch Unzufriedenheit damit, dass man sich selbst nicht mehr einmischt in Grebensteins zukünftige Entwicklung. Gleichzeitig aber merkt Frau Rau bei ihren Gesprächen auch ein vorsichtiges Interesse, ein „eigentlich könnte man in Grebenstein mal ...“. Neugierde und der Wunsch nach Veränderung waren deutlich spürbar.

Ein Stadtfest bringt alle in Bewegung

Und plötzlich ist sie da: die Idee, das Pilotprojekt mit einem großen Fest am Tag des offenen Denkmals zu starten. Das setzt eine unglaubliche Energie frei. In Rekordzeit wird die Veran-



Symbolische Rekonstruktion des Immenhäuser Tors zum Projektaufakt. Die malerische Stadt braucht neue Freiräume - und maicht sich dafür stark.

staltung auf die Beine gestellt. Am 14. September 2008 ist es so weit: Mit Fanfarenklängen wird das Fest eröffnet. Es wird ein Fest von und für die Grebensteiner und ihre Gäste, bei dem die Stadt sich ihres historischen Schatzes wieder ein Stück bewusst wird, bei dem sie sich selbst ein bisschen feiern darf. An diesem Tag sind Grebensteins Straßen voller Menschen, die das fantasievolle Festprogramm genießen. Kurz: Es wird ein voller Erfolg. Mit dem Fest als Initialzündung gelingt Erstaunliches. Allen ist deutlich geworden, dass der Freiraum aus der Stadtgeschichte heraus entwickelt werden muss und dass das historische Erbe wiederum ein unglaubliches Potenzial für den Freiraum bietet. „Integriert“ ist hier kein planungstheoretischer Anspruch mehr, sondern praktische Konsequenz. Vor allem aber hält der entfachte Schwung des Bürgerengagements an. Nach dem Fest haben sich einzelne Gruppen gebildet, die sich verschiedensten Facetten der Stadtentwicklung widmen und fantasievolle Projekte umsetzen. Das ist es, was auch Bürgermeister Kölling am meisten beeindruckt.

Kreatives Engagement der Bürger

Anfangs war er – das gibt er unumwunden zu – eher skeptisch, was das ganze Vorgehen betraf. Bürgerbeteiligung hat er bisher als Veranstaltung erlebt, bei der das Interesse rasch wieder verebbte. „Das hier ist etwas ganz anderes“, sagt er zu dem

breiten kreativen Engagement, das durch das Pilotprojekt geweckt wurde. Es ist ein neues Selbstbewusstsein für die Schönheiten der Stadt, eine neue Begeisterung für die Diskussion über die Zukunft der Stadt, aber auch ein neues Verantwortungsgefühl entstanden. In schönster Tradition der Europäischen Stadt ist es dem Pilotprojekt gelungen, die Entwicklung des öffentlichen Raums zu einer bürgerschaftlichen Angelegenheit zu machen. Und das trägt Früchte: Grebenstein ist ins Städtebauförderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ aufgenommen worden und wird in den nächsten Jahren beträchtliche finanzielle Mittel daraus erhalten. Schon in diesem Jahr werden erste Maßnahmen im Verkehrsbereich umgesetzt. Damit ist die Stadt an einem sensiblen Punkt angekommen: Die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Thema „Stadtentwicklung“ zurzeit erfährt, bedeutet eine enorme Erleichterung, aber auch Verpflichtung, wenn es nun darum geht, die Gestaltung des Freiraums in formalisierte Planung zu überführen. Grebensteins Bürgerschaft hat die Aufforderung, den öffentlichen Raum im Kontext seiner Geschichte neu zu denken, auf faszinierende Weise angenommen. Jetzt wird es spannend, in Grebenstein zu beobachten, wie die so angeregt diskutierende Stadtöffentlichkeit weiter agiert. Man darf hier aber sicher optimistisch sein – das Märchen von Dornröschen geht bekanntlich auch gut aus.

Impulse für den Stadtumbau aus Ost und West

Initiative ergreifen – Bürger bauen Stadt um

Birgit Schmidt, Inhaberin der Wohnbund-Beratung in Dessau, verfügt über einen enormen Erfahrungsschatz in Sachen Stadtumbau. Die Stadtplanerin mit Zusatzausbildung in Wohnungs- und Immobilienwirtschaft arbeitet seit den frühen 1990er-Jahren an Projekten, mit denen ostdeutsche Städte revitalisiert werden sollen. Eines davon ist das Pilotprojekt „Initiative ergreifen“, das seit 2008 im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert wird.

Eine Beobachtung, die Schmidt über die Jahre machte: Wo Investoren und Unternehmen aus Gründen fehlender Rentabilität nicht mehr einsteigen und sich auch die öffentliche Hand zurückzieht, tauchen immer öfter Bürger als neue Akteure auf. Erst einmal geht es ihnen darum, den drohenden Abriss eines wertvollen Gebäudes zu verhindern. Mit einer bürgerschaftlichen Initiative kann vielfach das Schlimmste verhindert werden. Doch um ein Gebäude tatsächlich zu retten, muss es saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Einige Initiativen sind diesen steinigen Weg mit Erfolg gegangen. Schmidt selbst hat das mit vielen Mitstreitern mit der DAKSBAU e. G. vorge-macht und die Eisenwarenhandlung Koch in Dessau saniert. Viele andere sind gescheitert. Der lokale Kontext ist zwar immer wieder anders, aber – so meint Schmidt – eine Reihe von Gründen für das Scheitern sind ähnlich oder gleich.

Hier setzt das Pilotprojekt „Initiative ergreifen“ an. Den Akteuren wird von den ersten Ideen über die Umsetzung bis in die ersten Jahre des Betriebs ein professionelles Coaching angeboten. Gemeinsam werden Trägerstruktur, Nutzungskonzept und Finanzierungsmodell entwickelt, die so ausgelegt sind, dass sich das Projekt auch nach Auslaufen der Fördermittel wirtschaftlich trägt. Dazu werden Fachexperten aus Wirtschaft, Finanzen und Kultur hinzugezogen. Außerdem gilt es, neue Partner zu gewinnen. Das sind vor allem die Kommunen. Schmidt stellt fest, dass hier ein Umdenken nötig ist. Viele Initiativen sind aus dem Protest beispielsweise gegen den Abriss eines wertvollen Gebäudes und damit in Opposition zur kommunalen Verwaltung entstanden. Ohne die Stadt als Partner geht es aber spätestens dann nicht mehr, wenn Anträge auf Fördermittel gestellt werden müssen. Aus Gegnern müssen



dann Partner werden. Deshalb geht das Pilotprojekt mit den Initiativen aktiv auf die jeweilige Stadt zu. Wenn dann die Stadt das Potenzial des bürgerschaftlichen Projekts für die eigene Entwicklung erkennt, ist bereits viel getan. An den vier Stand-orten von „Initiative ergreifen“ haben die Akteure allerdings

ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Sie reichen von passiver Zurückhaltung bis zur aktiven Beteiligung engagierter Mitarbeiter aus der Verwaltung im Projekt.

Oft wird den Projekten angelastet, sie seien wirtschaftlich nicht tragfähig. Nicht nur um solche Argumente zu entkräften, erarbeiten die Initiativen mithilfe des Coachings bereits in der Konzeptphase Ansätze für den langfristigen Betrieb. So früh langfristig zu denken ist nicht nur für die zukünftigen Betreiber neu. Mit Hinweis auf die Förderlandschaft macht Schmidt deutlich, dass in der Städtebauförderung bisher der wirtschaftliche Betrieb eines Projektes nach Auslauf der Förderung keine Rolle spielt. Hier wird zu kurzfristig gedacht. Nicht nur in Sachsen-Anhalt ist der Ansatz, bürgerschaftliches Engagement mit gezieltem Coaching zu professionalisieren, erfolgreich: Das Land Nordrhein-Westfalen macht seit einiger Zeit mit dem Programm „Initiative ergreifen – Bürger machen Stadt“ vor, wie es gehen könnte. Gut für die vier ostdeutschen

Standorte: Ein Mitglied des Managementteams aus NRW sitzt bei „Initiative ergreifen“ permanent mit im Boot. Akteure aus den ostdeutschen Projekten haben die Vorhaben in Nordrhein-Westfalen bereist, und die Teams tauschen sich kontinuierlich aus. Der Informationstransfer funktioniert zum Nutzen beider Seiten. Ist das, was Birgit Schmidt mit „Initiative ergreifen“ tut, ostdeutsche Avantgarde? „Jain“, meint die Planerin. Der Ansatz nicht, denn den gibt es ja schon. Avantgarde wäre es aber schon, wenn es gelingt, das bürgerschaftliche Engagement aus der Exotenecke herauszuholen. Wenn die Initiativen als vollwertige Akteure neben Investoren und Unternehmern akzeptiert wären, dann wäre einiges gewonnen. Doch Schmidt geht noch weiter. Die begleiteten Projekte sollen sich in bestehende Stadtentwicklungs- und Stadtumbaukonzepte eingliedern. Dann werden die Projekte zu echten Katalysatoren für die Entwicklung von Quartieren und Stadtteilen. Wenn das klappt, sagt Schmidt, sind sie Avantgarde – egal, ob das geretete Gebäude in Ost oder West steht.

Genossenschaftliche Wege in der Stadtentwicklung



Eine alte Papierfabrik in Pforzheim mit das Stadtbild prägendem Charakter verfällt, der Abriss droht. Engagierte Bürger gründen einen Verein, der mit einer Wohnungsgenossenschaft zusammenarbeitet. Die Papierfabrik soll ein Zentrum für Kultur und Gewerbe werden – mit Strahlkraft auf die ganze Stadt. Das kann nur gelingen, wenn es ein tragfähiges Konzept gibt. Professionelles Coaching und Kommunikation sind deshalb wichtige Bausteine im Pilotprojekt. Zuletzt ist Bewegung in das Verfahren gekommen: Die Eigentümer gehen von ihren sehr hohen Gewinnerwartungen ab, in einem Workshop im Juni wurden wichtige Weichen für die Umsetzung gestellt.

„Bildungs- und Kompetenzzentrum HausHalten“ in Leipzig

Hauserhalt durch Nutzung verhindert Vandalismus und Verfall. Mit dem Konzept der Wächterhäuser in Leipzig ist es gelungen, viele unsanierte Altbauten zu retten. Mittellose Eigentümer wurden gezielt mit neuen Nutzern zusammengeführt. Letztere passen auf das Haus auf und können es dafür mietfrei nutzen. Im Kompetenzzentrum „HausHalten“ wird an Konzept und Übertragbarkeit gearbeitet. Viele Kommunen sind an der Übernahme interessiert. Chemnitz ist eine davon. Dort beginnt gerade das Pilotprojekt „Konserviertes Stadtquartier“.

„Probewohnen“ in Görlitz



Selbst der Bundespräsident hat schon darauf Platz genommen. Das rote Sofa hat die Görlitzer zum Gespräch über das Wohnen in der Innenstadt angeregt.

Der hohe Leerstand in der Innenstadt stand am Anfang. Wie kann man für die dort offenbar wenig beliebte Wohnform mehr Interesse wecken? Man lässt die Menschen zur Probewohnen! Eine Woche, mit Sack und Pack in einer voll möblierten Wohnung. Danach kann sich jeder seine Meinung bilden. Und die fällt oft anders aus, als zunächst gedacht.

Roland Bornemann, im Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung für das Energieprojekt verantwortlich: „Triple Zero: Das sollen Gebäude sein, die keine schädlichen Emissionen abgeben, in der Jahresbilanz keine fossile Energie und keine Ressourcen verbrauchen. Diese Stuttgarter Idee können wir anhand konkreter Pilotprojekte im NeckarPark erproben.“ Beim Umbau eines ehemaligen Lagerhauses zum Stadtarchiv haben die Architekten ein neuartiges Energiekonzept verwirklicht, mit dem im Jahr 55 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden sollen. Das ist modellhaft für den NeckarPark.



Friedemann Gschwind, Abteilungsleiter Stadterneuerung und Bodenordnung: „Für die Aufwertung und Entwicklung städtischer Quartiere greifen die tradierten Maßnahmen zu kurz. Immer wichtiger für die individuelle Wohnortentscheidung wird das Bildungsangebot.“ Friedemann Gschwind, Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilungsleiter Stadterneuerung und Bodenordnung. Bevor die ersten Baugruben ausgehoben sind, gibt es schon klare Vorstellungen davon, wie die künftigen Bewohner hier einmal lernen können.



Christina Simon-Philipp, Professorin für Städtebau/Stadtplanung an der Hochschule für Technik Stuttgart: „Bildung ist ein Schlüsselthema für das Wesen, die Zukunft und die soziale Stabilität der Europäischen Stadt. Der Erfolg und die Nachhaltigkeit der Europäischen Stadt werden ganz wesentlich davon abhängen, wie qualifiziert und integrativ ihre Bildungsangebote sind.“ Die Revitalisierung des ehemaligen Güterbahnhofsareals muss auch die Bewohner der Nachbarquartiere einschließen. Deswegen sind partizipative Module vor Ort ein wichtiger Bestandteil des Projekts.



Olaf Hildebrandt, Geschäftsführer der ebök Planung und Entwicklung GmbH: „Im Rahmen der Stadtplanung werden bereits wesentliche Weichen für einen nachhaltigen Klimaschutz gestellt. Kompakte und optimal zur Sonne orientierte bauliche Strukturen bieten gute Voraussetzungen für hochwertiges energiesparendes Bauen. Zusammen mit der Versorgung durch einen hohen Anteil an lokalen und regional verfügbaren regenerativen Energiequellen kann der NeckarPark dem zukunftsweisenden Ziel der CO2-Neutralität recht nahe kommen.“

Martin Holch, im Amt für Stadtplanung für das Bildungsprojekt zuständig: „In unserem Planungsgebiet haben wir den Schulstandort auf Grundlage genauer Analysen im Schnittpunkt optimierter Schulwege platziert. Die künftige Schule wird damit zu einem deutlichen Profilierungsfaktor des entstehenden Stadtteils am NeckarPark.“ Wie viele Wohnungen es geben wird und wo sie stehen, ist noch unklar. Wo die Schule gebaut werden soll, wurde bereits ermittelt. Eine Vision: Stadt entwickelt sich rund um Bildungsorte.



Monika Herrmann-Lobreyer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Technik und im Bildungsprojekt: „Der NeckarPark ist zukunftsfähig, wenn die Bildungseinrichtungen nachhaltig geplant werden – sowohl unter interkulturellen und sozialen als auch unter baulichen, verkehrlichen und energetischen Aspekten.“ Räumliche Barrieren sollen den Projekterfolg nicht bremsen: Die Unterführung, die das Projektgebiet mit dem Stadtbezirk Bad Cannstatt verbindet soll als Eingangsbereich neu gestaltet werden.

Zukunftsfaktoren: Bildung und Energie

„Bildung als Standortfaktor – Bildung als Motor der Quartiersentwicklung“ und „Wohnen am Veielbrunnen – LowEnergy als Standortfaktor“: Gleich zwei Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beziehen sich auf ein ehemaliges Güterbahnhofsareal in Stuttgart-Bad Cannstatt. Das eine legt den Schwerpunkt auf Bildungseinrichtungen, das andere auf die Energieeffizienz des künftigen Stadtteils. Träger beider Vorhaben ist die Landeshauptstadt Stuttgart mit dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung. Partner bei der Umsetzung sind die Hochschule für Technik (Bildung) sowie das Amt für Umweltschutz und das Ingenieurbüro Ebök (Energie). Bei zwei Projekten, die so eng zusammenhängen, kommt es nicht zuletzt auf die Kooperation aller Akteure an.

„Wichtig ist der Dialog zwischen den Projekten.“

Eine Forschungsassistentin und eine Begleitagentur unterstützen die Projekte nicht nur bei der optimalen Umsetzung, sondern arbeiten auch an der Ableitung übertragbarer Einschätzungen und Ergebnisse. Im Gespräch mit Mathias Klenke berichten sie über ihre Erfahrungen.

Wie verstehen Sie Ihre Arbeit im Rahmen der Projektbegleitung?

Sabine Herz: Wichtig ist zunächst einmal die Begleitung und der Aufbau direkter Kontakte zum Träger. Dafür besuchen wir jedes Projekt in der Regel einmal jährlich. Das ist wichtig, um über die Berichte hinaus an Ort und Stelle ein „Gespür“ für die Arbeit zu bekommen. Für fachliche Fragen sind wir natürlich auch „außer der Reihe“ ansprechbar. Zwischen den Bereisungen sind wir kontinuierlich Kontaktschnittstelle. **Sabine Henrich:** Bei Bedarf wird den Projekten in diesem Rahmen auch externes Know-how zur Verfügung gestellt, wenn beispielsweise ein Experte benötigt wird oder eine Fachfrage beantwortet werden muss.

Marie Neumüllers: Projektübergreifend bemühen wir uns um eine Bündelung verwandter Inhalte und um einen inhaltlichen roten Faden innerhalb der jeweiligen Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Corinna Kennel: Wissenschaftliche Forschung steht bei den Pilotprojekten nicht im Zentrum unseres Ansatzes. Die Projekte entstanden in der Regel aus konkreten Problemlagen und zeichnen sich gerade durch ihr praktisches Handeln aus. Unsere Hauptaufgabe sehen wir im Wissenstransfer.



Kommunen, Länder und Bund sind an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gleichermaßen beteiligt. Was ist

für die Projekte der Mehrwert einer bundesweiten Initiative?

Herz: Die Bündelung von Ansätzen aus unterschiedlichen Ländern, zu verschiedenen Aufgabenstellungen und mit unterschiedlichen Akteuren durch ein Angebot des Bundes ist ein Fortschritt. Zudem verbessert sich auf diese Weise die politische und öffentliche Wahrnehmung der Stadtentwicklung – beispielsweise durch die Befassung des Bundestages mit dem Thema.

Neumüllers: Für die Projekte wird durch den bundesweiten Transfer die Chance größer, präzise passende Referenzprojekte zum Erfahrungsaustausch zu finden.

Projekte wie „Bildung als Motor der Quartiersentwicklung“ setzen auf die Verknüpfung von Themenbereichen, die bisher in der kommunalen Praxis durch getrennte Ressorts vertreten werden. Was zeichnet sich zum Thema „Querschnittshandeln“ ab?

Henrich: Ein querschnittsorientierter Handlungsansatz war ein Kriterium für die Auswahl der Projekte, und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachrichtungen wird nach unserer Beobachtung überall gelebt. Wichtig ist aber ein zentraler Akteur, der alle Beteiligten zusammenführt. Das vereinfacht die Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen, innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung und anderen Akteuren. Wir haben bei der Auswahl außerdem versucht, Projekte zu finden, die neue Akteure für die Stadtentwicklung gewinnen – wie z. B. bei der „Bildung als Motor der Quartiersentwicklung“ in Stuttgart oder bei IBIS in Saarbrücken, wo Migranten im Fokus stehen. Das ist modellhaft und übertragbar.

Es gibt eine Reihe von Projekten, die die „Neuen Medien“ nutzen. Funktioniert das?



Neumüllers: Das Potenzial von Neuen Medien ist ein spannendes Thema: Die direkte, persönliche Kommunikation kann das Netz wahrscheinlich nicht ersetzen – aber die innovative Kopplung von verschiedenen Medien ist interessant. Das Projekt „nexthamburg“ ist dafür beispielhaft. Wichtig ist, dass die Macher vom Wert der neuen Technologien überzeugt sind, selbst „User“ sind und nicht nur ein Internetforum einrichten, weil jeder eins hat. **Henrich:** Neue Medien können der Anschaulichkeit dienen. Dabei gilt es, die Beteiligungsinstrumente jeweils nutzerspezifisch zu entwickeln – für Kids, Jugendliche, Technikfreaks, New Agers und ähnlich technikgeprägte Gruppen. Andere Gruppen brauchen andere Medien. Beteiligung muss zu konkreten Ergebnissen führen, die technische Form ist im Vergleich dazu zweitrangig.

Wie funktioniert der Wissens- und Theorietransfer zwischen den Projekten? Welche Erwartungen bestehen an die Transferveranstaltungen?

Kennel: Eine Stärke ist die Vielfalt der Methoden innerhalb der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Es gab die Kongresse, den Hochschultag, es wächst eine Internetprojektsammlung, thematisch strukturierte runde Tische beim Kongress in Essen sollen im direkten Gespräch kurze Drähte von Projekt zu Projekt etablieren.

Herz: Dabei gibt es noch Potenzial: Das Webforum, in dem die Projekte mit Schwerpunkt Bildung an ihren Forschungsfragen



arbeiten, wird langsam populär. Vielleicht kann das ein Vorbild sein für ein Internetforum für den direkten Austausch aller Projekte. **Kennel:** Ja, und neben dem ersten allgemeinen Erfahrungsaustausch wären auch Workshops und kleinere Veranstaltungen zu besonderen Schwerpunkten denkbar. Da werden wir im Lauf der Zeit verschiedene Formate anbieten.

Wie sind Ihre Erwartungen an die Ergebnisse der Pilotprojekte?

Neumüllers: Besonders gespannt sind wir auf den Fortgang von Projekten, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen und örtliche Wirtschaft gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung im Boot sitzen.

Herz: Wir sind zuversichtlich, dass diese nationale Plattform die Planungskultur ein Stück in Richtung integrierter Stadtentwicklung voranbringen wird. Bereits die Formulierung der Handlungsfelder signalisiert das.

Im Gespräch: Sabine Herz (l.), Sabine Henrich (u.r., beide FIRU, Kaiserslautern), Corinna Kennel, Marie Neumüllers (o.r., beide Urbanizers, Berlin)

„Mittelzentrum in Funktionsteilung“

Die Zukunft hat schon lange begonnen.

Stadtentwicklung in dünn besiedelten Landstrichen ist auch Regionalentwicklung. Das Thema in der Brandenburgischen Prignitz, auf halbem Weg zwischen Berlin und Hamburg: Sicherung der Daseinsvorsorge durch ein „Mittelzentrum in Funktionsteilung“. Der Innovationsgehalt des Projektes liegt darin, dass sich der Kooperationsraum über Kreisgrenzen hinweg an den tatsächlichen Wegen von Menschen und Gütern orientiert.

Rainer Greve, erster Stellvertreter des Bürgermeisters in Pritzwalk, sitzt am Schreibtisch und berichtet schmunzelnd über seine Erfahrung in gemeindeübergreifender Zusammenarbeit. 1991 habe er als 23-jähriger Ortsbürgermeister in seinem Geburtsort Falkenhagen das soeben eingerichtete Pass- und Meldewesen mit dem Kollegen aus der Nachbargemeinde zu einer im Wortsinn „nahe liegenden“ räumlichen Einheit fusioniert. Wenige Kilometer weiter, vor einer restaurierten Schlossfassade in Meyenburg, fällt das Stichwort „Zusammenarbeit“ erneut. Dort lautet die Giebelinschrift: „Bonis junctis domus junctae sunt“, und sie berichtet, wie zwei Zweige des Adelshauses von Rohr im 19. Jahrhundert nach 400 Jahren Trennung wieder zusammenfanden – und wie sie auch ihre benachbarten Trutzhäuser zu jener Schlossanlage zusammenfügten, die heute das Meyenburger Textilmuseum beherbergt und auf die Amtsdirektorin Katrin Lange und Bauamtsleiterin Uta Nebert erkennbar stolz sind. „Das ist unser Beitrag zum gemeinsamen Kulturangebot des Mittelzentrums.“

Daseinsvorsorge gemeinsam sichern

Von Gemeinsamkeiten spricht auch Wirtschaftsförderer Dieter Herm, als er den Reporter im Geschwindsschritt durch die restaurierte Altstadt von Wittstock lotst und dabei die Arbeitsteilung bei der Daseinsvorsorge des kooperativen Mittelzentrums skizziert. Der stellvertretende Bürgermeister von Wittstock bildet zusammen mit seinem Pritzwalker Kollegen Greve das organisatorische Zentrum des Pilotprojekts der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wie wichtig Personen für das ambitionierte Vorhaben sind, sieht man auch an Mike Blechschmidt. Der Unternehmer aus Heiligengrabe hat den Verein „Wachstumskern Autobahn-

dreieck Wittstock/Dosse“ gegründet. Seine Mitglieder (34 Unternehmen und fünf Kommunen) leben seit 2005 vor, was nun als „Mittelzentrum in Funktionsteilung“ auch eine Verwaltungsstruktur erhalten soll. Für die Mittlerrolle zwischen Wirtschaft und Kommunalverwaltung prädestiniert Blechschmidt nicht nur sein Temperament. Weil er vor dem Eintritt in das väterliche Gebäudereinigungs-Unternehmen das örtliche Arbeitsamt geleitet hat, weiß er genau, wie Wirtschaft und Verwaltung ticken, und betont, dass das kooperative Mittelzentrum seine räumliche Ausdehnung genau richtig definiert habe: „Es bildet die reale Situation in der Region ab – bei den Pendlerströmen ebenso wie bei den Einzugsgebieten von Schulen, Krankenhäusern und Einkaufszentren. Und es entspricht dem regionalen Arbeits- und Nachwuchskräftemarkt.“ Das Thema „Nachwuchs“ liegt ihm und seinem Verein dabei besonders am Herzen. „Das Durchschnittsalter in den Betrieben ist hoch, der Bedarf an jungen Fachkräften absehbar.“

Mobilität als Schlüsselthema

Darum bringt der Verein auch eine private Berufsschule in den Verbund ein: „Unsere Mitgliedsunternehmen mussten Azubis der Metallberufe auf halbe Tagesreisen zu fachlich passenden Berufsschulen schicken. Da haben wir schließlich selbst eine Verbundausbildung auf den Weg gebracht – ein ganz praktisches Stück Verantwortungsgemeinschaft.“ Ein weiteres Stück Verantwortungsgemeinschaft steht um die Mittagsstunde abfahrbereit im Bahnhof von Pritzwalk. Die Schüler des Pritzwalker Gymnasiums nutzen den Triebwagen der Prignitzer Eisenbahngesellschaft, um heimzufahren nach Meyenburg oder in die umliegenden Dörfer. Schließlich, so Greve, könne Funktionsteilung nur funktionieren, wenn



Nicht nur Industrie- und Agrarlandschaft, sondern auch viel Kultur gibt es in Wittstock und Pritzwalk. Akteure aus beiden Kommunen arbeiten am gemeinsamen Mittelzentrum.



die verteilten Funktionen für jeden gut erreichbar seien. Was zwischen Wittstock und Pritzwalk so einleuchtend klingt, musste bei der Landesregierung erst durchgesetzt werden. Dafür pilgerte man gemeinsam nach Potsdam und stellte das Projekt in den Ministerien vor. Den Ausschlag, vermutet Greve, habe das geschlossene Auftreten gegeben und der Wille, von der soeben neu gewonnenen kommunalen Selbstverwaltung Teile an einen Verbund abzugeben. Inzwischen sei das kooperative Mittelzentrum in der Gemeinsamen Landesplanung verankert, und es gehe darum, an Ort und Stelle innovative Strukturen zu entwickeln, in denen Entscheidungen über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg fallen können. „Da erwarten wir von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Anregungen und Unterstützung.“ Aber auch nach innen erweist sich die Teilnahme als hilfreich: „Das bundesweite Echo wird uns bei den anstehenden Diskussionen in den Stadtparlamenten unterstützen. Dort muss schließlich das Handlungskonzept des Projekts durch Beschlüsse untersetzt werden.“ Dieses Handlungskonzept hat die Bürgermeisterrunde im Rathaus von Wittstock im April 2009 auf dem Tisch. Im Gespräch zwischen Hausherr Jörg Gehrmann und seinen Kollegen Kippenhahn (Heiligengrabe), Lange

(Meyenburg) und Brockmann (Pritzwalk) geht es erstmals ans Eingemachte der kommunalen Zuständigkeiten.

Fragen, die für die beteiligten Kommunen anstehen:

Wie lässt sich die Zusammenlegung von bisher in jeder Kommune vorgehaltenen Verwaltungseinheiten wie Ordnungsamt, Bauhof und Wirtschaftsförderung organisieren? Welche stadtübergreifenden Kompetenzen braucht die Besetzung einer „rollenden Verwaltung“ im ländlichen Teil des Verbundes?

Nicht nur Rainer Greve ist gespannt auf die Antworten, die in Heiligengrabe, Meyenburg, Pritzwalk, Wittstock/Dosse und Umgebung auf diese Fragen gefunden werden. Greve genießt die Abendsonne vor dem alten Gemeindebüro, in dem er vor zwei Jahrzehnten den Anfang mit dem Bilden von Funktionseinheiten gemacht hat. Nun steht er wieder hier, hat den Sticker des Kooperationsvereins am Hemdkragen und freut sich auf den Erfahrungsaustausch beim nächsten Kongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik – und findet diese Entwicklung eigentlich ganz logisch.

Bildnachweis:

Titel: Stefan Pilaczynski

S. 1 Thomas Willemsen/Bilddatenbank Zollverein

S. 2/3 Milena Schlösser

S. 5 Christiane Neumüllers (4), Michael Scheuermann (u.m.)

S. 6 Klaus Kuntz

S. 7 Richard Schmitz/Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken

S. 8 Milena Schlösser (l.), Stephan Willinger (r.)

S. 9 Til Brömme (l.), Katharina Lauer/nexthamburg (r.)

S. 11. Nicola Maier-Reimer (o.), Stefan Bayer (u.)

S. 15 Stadt Grebenstein (o.l. u.r.), Gregor Langenbrinck (u.l.)

S. 16 Doreen Ritzau

S. 17 Anne Pfeil/ Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau

S. 18/19 Landeshauptstadt Stuttgart (Luftbild), ebök (r.m.), Milena Schlösser

S. 20/21 Milena Schlösser

S. 23 Mathias Klenke



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Bearbeitung

Urbanizers
Büro für städtische Konzepte
Marie Neumüllers,
Corinna Kennel, Prof. Dr. Gregor Langenbrinck
und
Mathias Klenke, Christiane Neumüllers

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Stephan Willinger

Gestaltung und Satz

re-do.de, Dessau
Doreen Ritzau

Druck

Grafisches Zentrum Cuno, Calbe

Bestellungen

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Juni 2009